

Nützliche Nachrichten 11/2007

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 26. November 2007

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Der Kommentar

Die nächste der verpassten Chancen

Von Jürgen Gottschlich

Die Debatte um einen Einmarsch türkischer Truppen in den Nordirak hat noch einmal deutlich gemacht, dass die Zukunft der Türkei ganz entscheidend an einer Lösung ihrer kurdischen Frage hängt. Nach wie vor gibt es zu viele Leute im Land, die glauben, man könne die kurdische Frage auf eine militärische Auseinandersetzung mit der PKK reduzieren. Zwar heißt es seit Jahren, man müsse die desolate wirtschaftliche Situation im kurdisch besiedelten Südosten des Landes verbessern, doch es blieb bei Lippenbekenntnissen. Und immer, wenn sich die PKK ruhig verhielt und die Waffen schwiegen - etwa von 2000 bis 2004 -, war von den Beteuerungen nichts mehr zu hören.

Im Gegenteil: Nachdem bei den Wahlen 2002 die kurdische DTP die meisten Städte im Südosten für sich gewann, drehte Ankara den Kommunen einfach den Geldhahn zu und machte so den Wählern klar, dass sie die falsche Partei gewählt hatten.

Auch jetzt denken viele in der Türkei daran, die Abgeordneten der DTP, die seit den Wahlen im Juli auch im Parlament in Ankara sitzen, möglichst schnell ins Gefängnis zu bringen. Die Aufrufe der Kurdenpartei an die anderen großen Parteien im Land, doch endlich gemeinsam über friedliche Konzepte zur Lösung der Kurdenfrage zu diskutieren, bleiben unbeantwortet. Stattdessen heißt es, die Partei müsse sich erst einmal klar von den Terroristen der PKK distanzieren.

Politisch klug ist das nicht. Wenn das politische und militärische Establishment der Türkei verhindern will, dass das Land immer

stärker auf eine bürgerkriegsähnliche Konfrontation zusteuert, muss man beginnen, mit den gewählten Vertretern der Kurden zu reden. Es mag bedauerlich sein, dass unter den Kurden in der Türkei kein Nelson Mandela in Sicht ist. Trotzdem muss nun endlich mit den vorhandenen Leuten verhandelt werden.

Auch nach 25 Jahren Repression, Kriegsrecht und Ausnahmezustand hat man es nicht geschafft, Ruhe und Frieden herzustellen. Ohne die Betroffenen als gleichberechtigte Partner ernst zu nehmen, wird dies auch in den nächsten 25 Jahren nicht gelingen.

(taz, 16.11.07)

Märtyrer sterben nicht, aber Väter!

Aus der Kolumne von Ece Temelkuran

Sein Vater war einer der ersten Soldaten, die im Südosten starben. Mein Freund selbst war damals fünf. Heute ruft er nicht: „Noch mehr Blut! Rache!“ Seine Stimme ist für uns alle unverzichtbar. Deshalb habe ich die heutige Kolumne für seinen Beitrag reserviert, der auf www.yenisoz.net (neue Worte) erschienen ist, einer Seite, die nach meiner Ansicht für uns alle politisch richtungsweisend sein wird. Für den vollständigen Text, vor dem ich mich voller Schmerz und Respekt verneige, sowie alle anderen „neuen Worte“ empfehle ich, die Seite zu besuchen. Ich zitiere...

„Als mein Vater starb, hatte es noch nicht einmal den 12. September (1980) gegeben. Er und seine Einheit waren während einer Operation „in ländlicher Umgebung“ auf eine Gruppe gestoßen. Die Gruppe hatte: „Nicht schießen, wir sind Hirten!“ gerufen. Daraufhin hatte sich mein Vater an seine Einheit

gewandt und befohlen: „Nicht schießen, Feuer einstellen“, als er von drei Kugeln getroffen und schwer verletzt wurde. (...) Insgesamt gab es 6 Tote. Es war die bis dahin größte bewaffnete Auseinandersetzung. Das Filmmaterial der TRT haben wir immer noch irgendwo zu Hause. Ich kann mich nur schwach daran erinnern, daran, dass wir mit einem Frachtflugzeug irgendwohin geflogen und dann im Hubschrauber „in die Heimat“ gebracht wurden.

Das ist 27 Jahre her. Dazwischen lagen eine vaterlose Kindheit, Pubertät und Jugend. Oft war ich sehr wütend auf meinen Vater. Immer wenn ich mit Mama stritt, haderte ich mit ihm. „Warum bist du weg? Warum hast du uns ohne Vater zurückgelassen?“ warf ich ihm vor. Sätze, in denen das Wort „Vater“ vorkam, brachte ich nicht über die Lippen, selbst wenn ich über andere sprach. Wenn jemand anderer als Mama mich mit „mein Kind“ oder „mein Sohn“ ansprach, schnürte sich mir das Herz zusammen, vermutlich eine Art Waisenkomplex. Als ich klein war, begriff ich nicht, warum mein Vater gestorben war. „Wenn ich groß bin, werde ich Soldat, dann werde ich meinen Vater rächen“, sagte ich. Später sah ich, dass die Tode und die Racheversprechen kein Ende nehmen. (...) Dann begriff ich allmählich, dass die Rache neuer Leben, die geopfert werden, um die Tode zu rächen, in neue Tode verwandelt wird. Das Blutvergießen nimmt kein Ende. Der Schmerz nimmt immer mehr zu, die Zahl der Familien ohne Väter und ohne Kinder auch. Wofür, warum all das Leid?

Wie viel Hektar Land ist der Preis für ein Leben ohne Vater? Wer kann mir das erklären? Wer kann mir erklären, wozu genau der Ehrenfriedhof dient, auf dem mein Vater liegt? Entweder war der Tod meines Vaters im Jahre 1980 ohne Sinn oder der Tod der Nachfolgenden ohne Zusammenhang.

Meine Nachbarn strafen mich mit vorwurfsvollen Blicken, weil ich keine Flagge auf dem Balkon aufgehängt habe. Sie wissen nicht, dass ich die türkische Flagge zu Hause nicht im Laden gekauft habe und auch nicht als Beilage einer Zeitung bekam. Es ist die Flagge vom Sarg meines Vaters. Wie kann ich diese Flagge aufhängen? Überdies, wie groß müsste eine Flagge sein, wie viele Teilnehmer eine Demonstration haben, wie heroisch eine Rede sein, um meinen Schmerz lindern zu können?

Nein, ich habe keine Flagge aufgehängt und ich werde keine aufhängen.

Ich habe die HADEP gewählt, und auch die Unabhängigen. Denn ich weiß nun: Dieser Krieg ist keine Lösung. Wenn Waffen eine Lösung hätten herbeiführen können, wäre dieses Blutvergießen in 27 Jahren beendet worden. Wenn dieses Land nicht gespalten werden darf, dann nicht mit Waffen, sondern mit politischen Mitteln und nur durch Gespräche; indem wir versuchen, einander zu verstehen. Andernfalls werden noch viele Kinder ohne Väter aufwachsen, werden noch viele Eltern den denkbar größten Schmerz erleiden – den Schmerz, das eigene Kind überlebt zu haben.

Ihr zertet vergebens. Ich weiß nun:

Möglicherweise gilt für Millionen: „Märtyrer sterben nicht“, aber für einige von uns sterben die Väter, die Söhne und die Brüder. Und wie sie sterben. So, dass der Schmerz niemals versiegt...

Ich weiß nicht, wie es andere schaffen, aber wenn ich noch einen Vater hätte – ich könnte ihn nicht fürs Vaterland opfern.

Ausgehend von den ergreifenden Versen Cemal Süreys sage ich: „Ist euer Vater jemals als Märtyrer gestorben? Meiner ja. Einmal. Und ich ward blind.“ Und ich kann nicht mehr mit ansehen, dass all dieses Blut fließt!“

(Milliyet 14.11.07; Übersetzung: Hülya Engin)

Ereignis-Kalender

Wichtiger Bericht des Nationalen Komitees für US-Außenpolitik zur PKK und Lösung der Kurdenfrage

In dem Bericht mit dem Titel „Die Entwaffnung der PKK, ihre Auflösung und Wiedereingliederung“ wird von der PKK dringend die Ausrufung einer 12-monatigen Waffenruhe gefordert.

Der Bericht, in dem erläutert wird, dass das PKK-Problem nicht mit Gewalt zu lösen sei, fordert eine Amnestie für PKKler und weist darauf hin, dass eine mögliche grenzübergreifende Operation die Beziehungen der Türkei zur EU und zur USA belasten könnten.

Das Komitee, mit Zentrale in New York, sieht eine Entschärfung der zwischen der Türkei und der PKK in den letzten Monaten zunehmenden Spannungen durch einen Waffenstillstand vor. In dieser Zeit hätte Ankara dann Gelegenheit mit Reformen den Entwicklungen entgegen zu halten.

David L. Phillips ist Projektdirektor des Komitees. Gleichzeitig war er aber auch jahrelanger hoher Berater des US-Außenamtes. In seinem Bericht erarbeitet er nun passend zu den gemeinsamen Interessen von USA und Türkei eine Reihe von Vorschlägen zum Kampf gegen die PKK.

Das PKK-Problem wird nicht mit militärischen Mitteln zu lösen sein

Im Bericht des Komitees heißt es: „Die Lösung der PKK-Frage ist nur unter Anhebung des Lebensstandards aller türkischer Bürger möglich.“

Auch der Vorsitzende des Komitees, Dr. George Schwab, wies auf die Folgen einer möglichen grenzübergreifenden militärischen Operation der Türkei gegen die PKK hin. Diese würde dazu führen, dass sich die in der Türkei lebenden Kurden radikalisierten, dies wiederum würde nicht nur den Integrationsbemühungen Ankaras in Bezug auf die EU schaden, sondern auch den Beziehungen der Türkei zu den USA.

Im Irak nimmt die Türkei eine zur USA konträre Haltung ein

In dem Bericht, der auch die Entwicklungen im Irak und den föderativen Aufbau Süd-Kurdistans bewertet, heißt es: Die Türkei hat im Irak-Krieg, eine gegen die USA gerichtete Linie, vertreten. Die negative Entscheidung zur Frage der Teilnahme am Irak-Krieg vom 1. März hat den Beziehungen zwischen der Türkei und den USA geschadet. Die Nichterfüllung der an die USA gerichteten Erwartungen in Bezug auf ihre Haltung gegenüber der PKK hat den Anti-Amerikanismus in der Türkei forciert. Eine Umfrage im Jahre 2007 hat ergeben das nur 7% der Bevölkerung gegenüber Amerika positiv eingestellt sind. Viele Türken nehmen an, dass Amerika unerschwinglich „Kurdistan“ erschaffen will.

Vorbedingung ist die Ermunterung zu einem Waffenstillstand

In dem Bericht wird, um Vertrauen zu bilden und die Gewalt zu beenden, die Bildung einer Verständigungskommission vorgeschlagen. Der Einfluss des Vorsitzenden der kurdischen Region Mesud Barzani und des irakischen Staatspräsidenten Celal Talabani über die PKK sollte genutzt werden, um die Organisation dazu zu ermuntern einen 12-monatigen Waffenstillstand auszurufen.

Der Bericht weist eindrücklich darauf hin von welcher immenser Bedeutung es im Kampf gegen die PKK sei, das Formen des Kampfes gegen den Terror, wie er sich im Paragraphen 301 des türkischen Strafgesetzbuches manifestiert hat, nicht in die neue Verfassung mit einfließen.

In dem Bericht wird der wirtschaftliche Aufschwung der kurdischen Region als entscheidend für eine Lösung bezeichnet. So enthält er Vorschläge zu Investitionen speziell zu Themen wie Infrastruktur, Bildung und Gesundheit in der Region.

Ohne Amnestie keine Lösung des PKK-Problems

Das Nationale Komitee für amerikanische Außenpolitik, das die Ansicht vertritt, dass ohne eine Amnestie der PKK nicht beizukommen sei, spricht sich für eine Amnestie in mehreren Phasen aus.

Der Bericht schlägt eine Amnestie in erster Sicht für Jugendliche, die sich nach 2002 der PKK angeschlossen hätten, vor. In der 2. Phase solle er dann leitende Funktionäre, die nicht auf der Kommandanten-Ebene tätig waren, umfassen. Den auf höchster Ebene tätigen Funktionären solle hingegen statt einer Amnestie, die Möglichkeit angeboten werden in anderen Ländern Flüchtlingsstatus zu erhalten.

Die TSK (Türkische Sicherheitskräfte) muss in eine demokratische Armee umgewandelt werden

Das Nationale Komitee für amerikanische Außenpolitik schlägt ferner vor:

- Neufassung der Verfassung (Basis solle eine zivile Verfassung sein)
- Die Strafgesetze sollten erneut geprüft werden und falls nötig aufgehoben werden (speziell der Paragraph 301)
- Dass die Türkei gegen den Terror vorgeht ist verständlich. Dies muss sie aber unter Beachtung internationalen Rechts und internationaler Gesetze tun. (Im Hinblick darauf müssen dabei vor allem die internationalen Normen betreffs der Menschenrechte Beachtung finden)
- Ziel der Türkei müsse die Umwandlung der Armee in eine demokratische Armee sein.
- Die Türkei müsse ihre Beziehungen zur lokalen kurdischen Regierung entwickeln und zu diesem Zweck diplomatische Kanäle öffnen.
- Mesut Barzani zur Zielscheibe zumachen, ihn der Gesellschaft gegenüber zu verunglimpfen und ihn zu beleidigen, müsse aufhören.

Druck gegen die DTP

Der Bericht weist auch auf den Druck gegen die DTP hin. Die DTPLer werden, mit der Forderung die PKK als Terrororganisation anzuerkennen, unter Druck gesetzt. Der, der den meisten Druck in dieser Hinsicht ausübt, ist Erdogan. Weil die DTP ihre meisten Stimmen aber dieser Basis verdankt, weigert sie sich diesen Sprachgebrauch zu übernehmen.

Die DTPLer sind der Auffassung, dass eine Generalamnestie ein wichtiger Schritt zur Lösung des Problems darstellen kann. MHP, CHP und AKP tun alles um die Reformen auszuhöhlen und unwirksam zu machen. Dies zeichnete sich vor allem in der Diskussion um die neue Verfassung ab.

Phillips hat die Türkei 30-mal besucht

Das Nationale Komitee für amerikanische Außenpolitik, ist 1974 von Professor Hans J. Morgenthau gegründet worden. Ziel des Komitees ist es Untersuchungen zu führen und Lösungen zu finden für Problematiken, die die Interessen der USA gefährden. In diesem Sinnen werden viele ihrer Arbeiten in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Amt für Außenpolitik erstellt.

David L. Phillips, der den PKK- Bericht für das Nationale Komitee für amerikanische Außenpolitik erstellte, ist zurzeit an der zum Wissenschaftszentrum der Universität Columbia gehörenden

Abteilung für Menschenrechte Gastprofessor. Er ist auch Projektdirektor des Internationalen Institutes für Friedensforschung, dessen Sitz in Oslo ist. Er ist ferner Direktor der Elie Wiesel Stiftung und war einer der Vize-Direktoren des amerikanischen Außenamtes. Seit nahezu 20 Jahren untersucht er die Kurden-Frage. Seit 1991 hat er die Türkei 30 Mal besucht. Er war in vielen Untersuchungskommissionen, die sich speziell mit der politischen und sozialen Situation in den kurdischen Regionen befassten, tätig.

(ANF, 26.10.07, ISKU, H, 29.11.07; National Committee On American Foreign Policy-NCAFP, <http://www.ncafp.org>)

Papst ruft zu friedlicher Lösung im PKK-Konflikt auf

Papst Benedikt XVI. hat am 4. November zu einer friedlichen Lösung des Konflikts um die PKK im Nordirak aufgerufen. Die Entwicklungen an der türkisch-irakischen Grenze seien ein Anlass zur Sorge, "für mich und für jedermann", sagte das Oberhaupt der katholischen Kirche in Rom.

(AP, 4.11.07)

Sind nur tote Soldaten tapfere Soldaten?

Die Reaktion des türkischen Justizministers Mehmet Ali Sahin auf die Freilassung der acht türkischen Soldaten, die am 21. Oktober von Kämpfern der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) verschleppt worden waren, war ungewöhnlich. Er könne sich über diese Freilassung nicht freuen, gestand er gegenüber der Presse. Dass diese Soldaten in jener Nacht „mit den Terroristen mitgelaufen“ seien, habe ihn verletzt. Türkische Soldaten seien immer bereit zu sterben, wenn es um die Verteidigung der Heimat gehe.

Der Minister bekam jedoch Rückendeckung von vielen Seiten, darunter von dem prominenten Abgeordneten der Regierungspartei AKP, dem Ex-Parlamentspräsidenten Bülent Arinc, der zu Protokoll gab, die Geschichte kenne "keine türkischen Soldaten, die sich dem Feind ergeben".

Am 4. November waren die Geiseln auf Druck der USA und unter der Vermittlung der Regionalregierung Kurdistan(Irak) sowie der DTP freigelassen worden. Fernsehbilder zeigten, wie die acht Soldaten von der PKK einer Delegation bestehend aus dem Innenminister der kurdischen Föderation im Irak und 3 Abgeordneten der DTP übergeben wurden. Die DTP-Abgeordnete waren in den Nordirak geeilt, um zur Freilassung der Verschleppten beizutragen. Nach der Freilassung ist die Presse plötzlich auf die Gefangenen aufmerksam geworden. „Schande, was für eine Schande“, schimpfte die Tageszeitung „Hürriyet“. Weiter hieß es: „Was haben sie getan, als ihre Kameraden ihr Leben für die Heimat opferten?“

Die Geiseln werden als Kollaborateure der PKK und als Nestverschmutzer beschimpft, welche die „Ehre und den Stolz der Sicherheitskräfte“ verletzt hätten. „Warum trampelt man so auf unserer Ehre“, fragte sich verzweifelt Aynur Atakul, die Mutter eines der Geiseln. „Wir erziehen unsere Kinder dazu, diesem Land zu dienen, und nun wird unsere Ehre mit Füßen getreten, nur weil sie nicht gestorben sind.“

Der Militärgerichtshof in Van erließ am 11. November Haftbefehl gegen die Soldaten. Die Anklage lautet unter anderem auf "Befehlsverweigerung" und Verletzung der militärischen Disziplin, aber auch auf "unerlaubten Grenzübertritt". Auf die

verschiedenen Vorwürfe stehen zwischen einem und zehn Jahre Haft. Die Anklage ist eine weitere überraschende Wendung in dem bizarren Streit über das Schicksal der Soldaten, die zunehmend zu Gefangenen der türkischen Anti-PKK-Propaganda zu werden scheinen.

Der Anwalt der acht Soldaten, Ramazan Korkmaz, sagte, seine Klienten bestritten alle Vorwürfe. Keiner habe irgendeinen Befehl verweigert. Die liberale Zeitung Radikal zitierte am 12. November ausführlich aus den Vernehmungprotokollen mit den Soldaten. Auch daraus wird nicht ersichtlich, wie das Militärgericht zu seiner Anklage kommt.

Fast übereinstimmend berichten die Soldaten, wie sie etwa um Mitternacht angegriffen wurden und feuerten, bis ihnen die Munition ausging und zwölf ihrer Kameraden getötet waren. Dann ergaben sie sich. "Ich denke, ich habe getan, was ich tun musste", wird der Soldat Irfan Beyaz zitiert: "Während des Gefechtes bekamen wir keinerlei Unterstützung von irgendeinem anderen Kommandeur oder Soldaten. Wir kämpften allein."

Die Soldaten, die von der PKK freigelassen wurden, sitzen nun in ihrem eigenen Lande im Gefängnis und werden als Verräter behandelt. Die türkische Justiz blieb auch gegen die drei DTP-Abgeordneten nicht untätig. „Wir hätten nach der Freilassung Dankbarkeit erwartet“, sagte auch der Fraktionsvorsitzende der DTP, Ahmet Türk. „Stattdessen werden wir für schuldig befunden.“ Der Vizeregierungschef Cemil Cicek hatte nach der Freilassung der Geiseln die drei DTP-Abgeordneten bezichtigt, Propaganda für die PKK gemacht zu haben. „Wir haben sie auf frischer Tat ertappt“, sagte Cicek. Er wies dabei auf den Handschlag der drei DTP-Abgeordneten mit den Abgesandten der PKK bei der Übergabe der Geiseln hin. Es wurde ein Verfahren gegen die Abgeordneten der DTP eingeleitet.

(ANF, 5.11.07; ISKU; SZ und NZZ, 9.11.07; Spiegel online und DIHA, 11.11.07; ANF, 12.11.07; SZ, 13.11.07)

Bush: PKK "Feind der USA"

US-Präsident George W. Bush hat am 5. November 2007 dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan versichert, dass er die gegen den türkischen Staat kämpfende Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) als "Feind der USA" und als Terrororganisation betrachtet. Sie sei "ein Feind der Türkei, ein Feind des Irak und ein Feind der USA", betonte US-Präsident George W. Bush nach der Zusammenkunft. Er sagte eine enge Zusammenarbeit in der Krise im türkisch-kurdischen Grenzgebiet zu. Die Streitkräfte beider Länder müssten in ständigem Kontakt stehen. Zudem hätten sie einen verstärkten Austausch von Geheimdienstinformationen über die verbotene PKK vereinbart.

Trotz internationaler Besorgnis um eine Eskalation in der Kurden-Krise will der türkische Ministerpräsident Erdogan die Truppen seines Landes an der Grenze zum Irak belassen. "Wir werden diese Vorsichtsmaßnahmen beibehalten", sagte Erdogan nach einem Treffen mit US-Präsident George W. Bush.

Sein Land sei an einem Krieg nicht interessiert, betonte Erdogan später in einer Rede vor dem Nationalen Presseclub in Washington. Das Mandat des türkischen Parlaments beziehe sich auf einen Einsatz gegen die PKK. Der türkische Regierungschef betonte, sein Land strebe keine Ausdehnung in den Irak an. Bei einer Rede im Zentrum für Strategische und Internationale Studien kritisierte Erdogan das zögerliche Handeln der USA und Iraks in dem Konflikt. "Wir würden uns dringende, konkrete Maßnahmen wünschen, die über die reine Rhetorik hinausgehen und die PKK aus dem Nordirak vertreiben."

(Der Standard, 6.11.07)

PKK: Wir wollen das Problem mit friedlichen Mitteln lösen

„...Der Präsident der USA, George W. Bush, hat erklärt, die PKK sei der Feind der USA, des Irak und der Türkei. Zunächst einmal ist die PKK nicht der Feind irgendeines Landes. Sie will ein geschwisterliches Zusammenleben aller Völker der Türkei. Die PKK ist eine Freiheitsbewegung, die lediglich Widerstand gegen die barbarischen Angriffe des kolonialistischen türkischen Staates auf unser Volk leistet. Die PKK ist auch nicht der Feind des irakischen Volkes und Staates, sondern hat als Bewegung seit dem Sturz Saddam Husseins einen Beitrag zum Aufbau eines föderalen, demokratischen Irak geleistet und bemüht sich immer weiter darum. Die USA soll der Öffentlichkeit erklären, weshalb sie die PKK zum Feind erklärt hat. Die PKK ist eine Bewegung, welche die Rechte des kurdischen Volkes verteidigt, soweit sie sich aus ihrer Existenz als Volk ergeben. Sie ist eine Bewegung mit Prinzipien und einer Linie. Sie kämpft entsprechend dieser Linie einen gerechten, würdevollen Kampf. Daher geben derartige Aussagen nicht die Realität wieder. Wir erwarten von den USA und dem irakischen Staat, dass sie zur Lösung der kurdischen Frage als einer der grundlegenden Fragen der Region einen Beitrag leisten. Derartige Bewertungen sind für eine Lösung nicht hilfreich.

Wir erklären einmal mehr, dass wir als Gemeinschaft der Kommunen Kurdistan (KCK) bereit und entschlossen sind, für eine friedliche, demokratische Lösung der kurdischen Frage in allen Teilen Kurdistans jede Art von Opfer zu bringen und jede Art von Anstrengung zu unternehmen. Wir sind offen für einen Dialog mit dem Ziel einen Prozess zu beginnen, in dessen Verlauf auf der Basis eines politischen Projektes, die Waffen völlig aus dem Verkehr gezogen werden. Sobald die Angriffe auf unsere Bewegung aufhören und der von uns ausgerufene einseitige Waffenstillstand Erwidern findet, werden wir als kurdische Seite ohne jegliches Zögern entschlossen und beharrlich das für die Schaffung einer konfliktfreien Atmosphäre Nötige unternehmen. Doch es muss auch allen klar sein, dass wir uns den Kräften gegenüber, die trotz allem das Problem mit gewalttätigen Methoden lösen wollen, nicht beugen, sondern mit voller Entschlossenheit und ohne Zögern Widerstand leisten werden. Wer die Dynamik und die Reserven unseres Widerstands ignoriert, wird in der Praxis seinen Irrtum einsehen. Die Rolle unserer Kräfte für die Stabilität in Südkurdistan darf man nicht gering schätzen. Insofern wird der Versuch des türkischen Staates und der Verteidiger des Status quo, die Stabilität in Südkurdistan zu zerstören, nicht glücken. Da sollten sie sich keine Illusionen hingeben.

Alle kurdischen politischen Kreise, vor allem die Parteien Südkurdistans, durchschauen den hinterhältigen Plan des türkischen Staates, durch grundlose Behauptungen und Repressionen die Kurden einmal mehr gegeneinander aufzubringen. Es ist von großer Bedeutung, dass sie sich in dieser kritischen Phase bemüht haben, die nationale Einheit weiter voran zu bringen. Wir registrieren den Druck, den der türkische Staat auf die südkurdische Regionalregierung ausübt. Dies sollte jedoch nicht zu Handlungen führen, die den nationalen Interessen der Kurden entgegenstehen. Insofern rufen wir alle Kräfte Kurdistans und unser Volk zu besonders besonnenem Handeln auf..."

(Präsidium des Exekutivrats der KCK, 9.11.07)

Verbot der DTP beantragt

Der türkische Generalstaatsanwalt hat am 16. November 2007 ein Verfahren eingeleitet mit dem Ziel, die wichtigste prokurdische Partei des Landes zu verbieten. Die Partei der demokratischen Gesellschaft (DTP) habe sich zu einer politischen Kraft verwandelt, die sich gegen die Unteilbarkeit von Staat und Nation richte, erklärte der Generalstaatsanwalt Abdurrahman Yalcinkaya. Er warf der DTP vor, eine Spaltung der Türkei anzustreben und den Terror der illegalen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) zu unterstützen. Er forderte, die DTP ab sofort von weiteren Wahlen auszuschließen und ein fünfjähriges Verbot der politischen Tätigkeit gegen 221 DTP-Mitglieder zu verhängen. Unter ihnen befinden sich 8 Abgeordnete sowie führende Parteikader.

Die Staatsanwaltschaft legte eine 120 Seiten umfassende Antragsbegründung vor, in der sie auf 141 Vorfälle hinweist, die ihrer Meinung nach einen Verstoß gegen die Grundsätze der Arbeit politischer Parteien darstellen. Sie wirft der DTP vor, auf Anweisung des inhaftierten Vorsitzenden der PKK Abdullah Öcalan gegründet worden und gemäß weiterer Anweisungen gehandelt zu haben. Einzelne führende Politiker hätten mit Äußerungen die PKK unterstützt und ihre Anhänger ermutigt.

Seitdem auf den Trümmern des multiethnischen Osmanischen Reichs 1923 die Republik gegründet wurde, gilt das Prinzip „Ein Staat, eine Flagge, eine Nation“ als offizielle Staatsdoktrin. Das Verfassungsgericht muss nun entscheiden. In den letzten 15 Jahren hat es bereits vier Vorgängerparteien der DTP wegen angeblicher Verstöße gegen die Unteilbarkeit der Nation verboten.

Ein Rückfall in die neunziger Jahre also? Viele sind überzeugt, dass die Tage der Hoffnung nach den Wahlen vom letzten Juli vorüber sind. Die Wahlen hatten den Einzug von 21 DTP-Abgeordneten ins Parlament ermöglicht. Dies wurde als Chance für die Kurden gesehen, ihre Meinung in der Nationalversammlung zum Ausdruck zu bringen. Der Einzug wurde auch als eine Chance für die Türkei betrachtet, ihr größtes innenpolitisches Problem auf politischem Weg zu lösen.

(FAZ, FR und junge Welt, 17.11.07; Tagesspiegel und Istanbul Post, 19.11.07; NZZ, 21.11.07)

Generäle legen Geständnis ab

Fikret Bila, Journalist der Tageszeitung Milliyet, hat in einer aufsehenerregenden Serie von Interviews pensionierte Generäle zum Kurden-Konflikt befragt.

General Kenan Evren, der den Staatsstreich 1980 angeführt hatte, bezeichnete beispielsweise das Verbot der kurdischen Sprache als einen Fehler. Evren hatte zu Beginn der achtziger Jahre die kurdische Sprache für inexistent erklärt und Zehntausende Kurden, die keine andere Sprache sprechen konnten oder wollten, vor Gericht gebracht und foltern lassen.

Auch der Vier-Sterne-General Aytac Yalman, ehemals als Hardliner in der Kurden-Frage bekannt, sagt heute, dass die Türkei im Kampf gegen die PKK den sozialpolitischen Faktor nicht genügend berücksichtigt habe. Den Menschen im Südosten müsste es erlaubt sein, die eigene Sprache zu sprechen, ihre Lieder in der eigenen Sprache zu hören und entsprechend ihrer eigenen Kultur zu leben. Weil dies nicht der Fall war, ist laut Aytac heute die Lage außer Kontrolle geraten.

Der frühere Generalstabschef Hilmi Özkök, der jüngste unter den pensionierten Generalstabschefs der Türkei, glaubt nicht, dass die PKK mit einem Militärschlag zu vernichten wäre. Was ein

Militant der PKK macht, wenn die türkische Armee kommt, beschreibt Özkök so: „Er hat einen Sack, den nimmt er auf den Rücken, und dann geht er 200 Kilometer weit. Wo er hingehet, hat er Leute, die ihn kennen, die ihn unterstützen.“

Der Kommandant der Landstreitkräfte, Ilter Basbug, der nächstes Jahr Generalstabschef der Türkei werden soll, räumte ein, dass es in den letzten 23 Jahren der Türkei nicht gelungen sei, zu verhindern, dass junge Kurden für die PKK rekrutiert würden. Auch Basbug sprach sich für sozialpolitische Maßnahmen in kurdischen Gebieten aus.

Nie zuvor hatten so hochrangige Offiziere in aller Öffentlichkeit mit den eigenen Fehlern abgerechnet. Immer mehr scheint die politische und militärische Elite zur Erkenntnis zu kommen, dass die Kurden-Frage mit militärischen Mitteln allein nicht zu lösen ist. Auch der Regierungschef Erdogan will, wie er erklärte, die „Fehler der Vergangenheit“ nicht wiederholen. Er sprach sich bereits gegen ein Verbot der DTP aus. Denn nach einem Verbot würden alle in die Berge ziehen, sagte er und meinte damit, sie würden Rebellen werden. Dann rang sich Erdogan zu einem Aufruf durch, den bisher noch kein türkischer Politiker laut zu denken gewagt hatte: „Legt die Waffen nieder, und kommt in die Städte, um Politik zu machen!“ Wie er ausführte, ist das Ziel seiner Regierung, die PKK dazu zu bewegen, die Waffen niederzulegen. Dann müsste die Türkei keine Militäroperation im Nordirak durchführen. Eine Entwaffnung der PKK würde aber eine Amnestie voraussetzen. Und schon forderte der DTP-Abgeordnete Akin Birdal im Parlament zu einer Generalamnestie auf. Dies wurde allerdings von der Regierung ausgeschlossen.

Ob der heutige Generalstabschef mit dieser Entwicklung Schritt halten kann, ist umstritten. General Yasar Büyükanit, ein Falke, befürwortet nach wie vor einen Militärschlag im Nordirak, nicht nur wegen der PKK, sondern auch zur Schwächung des autonomen Gebildes der Kurden in Irakisch-Kurdistan, das er als potenzielle Gefahr für die Türkei betrachtet. Büyükanit hatte im Machtkampf mit der islamisch orientierten Regierung Erdogan dieses Jahr mehrmals Niederlagen hinnehmen müssen. In der Kurden-Frage aber weiss er die Bevölkerung hinter sich. Laut einer jüngsten Umfrage befürworten 81 Prozent der Bürger einen türkischen Militärschlag im Nordirak.

(Tagblatt, 9.11.07; NZZ, 21.11.07; SZ vom 23.11.07)

Azadi und Yek-Kom zum 14. Jahrestag des PKK-Verbots

„Am 26. November 1993 erließ der damalige Bundesinnenminister Manfred Kanther das PKK-Betätigungsverbot. Aus diesem Anlass haben AZADİ und die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland, YEK-KOM, eine Eingabe an den Petitionsausschuss des Bundestages gerichtet. Nach 14 Jahren Kriminalisierung und Verfolgung müssen Wege gefunden werden, den Kreislauf von Repression und Unterdrückung von Kurdinnen und Kurden zu durchbrechen. Es darf nicht sein, dass dieser bis heute politisch ungelöste türkisch-kurdische Konflikt weiterhin mit den Mitteln des Polizei- und Strafrechts behandelt wird.“

Mit der Petition, die vom Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein und der Internationalen Liga für Menschenrechte unterstützt wird, wollen wir den Bundestagsausschuss bitten, die Forderung nach einer Verbotsaufhebung dem Bundesinnenminister vorzulegen. Zudem wäre es wünschenswert, wenn das Parlament eine Debatte über diese Thematik führen würde. Viele Kurdinnen und Kurden werden in diesem Land als „innenpolitisches Sicherheitsrisiko“ diffamiert

und ihre Aktivitäten in den Dunstkreis von „Terrorismus“ und „Kriminalität“ gerückt. Obgleich die kurdische Bewegung seit Jahren zahllose friedenspolitische Initiativen ergriffen, grundlegende strukturelle Änderungen und Neuorientierungen vorgenommen und ihre Dialogbereitschaft bekundet hat, beharrt die deutsche Politik aus Rücksicht auf ihren NATO-Partner Türkei auf ihrem rückwärtsgewandten Standpunkt. (...)

Der deutsche Botschafter in Ankara, Dr. Eckart Cuntz, zeigte sich angesichts des Verbotsverfahrens „besorgt“. Man verfolge mit großer Sorge jede Initiative in der Türkei, die sich gegen die Betätigungsfreiheit politischer Parteien richte.

Diese Sorge sollte allerdings auch den Kurdinnen und Kurden in Deutschland gelten. Nach wie vor erfahren sie massive Eingriffe in die Meinungs-, Versammlungs- und Organisierungsfreiheit. Das Betätigungsverbot wird automatisch und ungeachtet jedweder Veränderung auf alle aus der PKK hervorgegangenen Organisationen wie KADEK, KONGRA-GEL oder KKK ausgeweitet. Die Folge davon ist, dass kurdische Politiker wegen ihrer politischen Arbeit nach § 129 Strafgesetzbuch vor Gericht gestellt und zu Haftstrafen verurteilt werden, kurdische Asylsuchende abgewiesen, Asylanerkennungen widerrufen und Einbürgerungen abgelehnt werden und sei es nur, weil Kurden an Demonstrationen teilgenommen haben oder einem kurdischen Verein angehören.

Deshalb sind wir „besorgt“ und fordern ein Ende der Verbotspolitik, damit der Weg freigemacht werden kann für eine offene und repressionsfreie politische Betätigung.“

(AZADI e.V., Azadi@t-online.de;
www.nadir.org/azadi/, PM, 24.11.07)

Deutsche Panzer für die Türkei

Angesichts des türkisch-kurdischen Konfliktes haben Menschenrechtsgruppen die von der Bundesregierung im Vorjahr genehmigte Lieferung von Leopard-2-Kampfpanzern an die Türkei kritisiert. Dem am 7. November 2007 von der Regierung veröffentlichten Rüstungsbericht zufolge meldete Deutschland für 2006 den Vereinten Nationen (UN) den Export von 48 Leopard-Panzern an den Nato-Partner Türkei. Der "Leo 2" wird von der Münchner Rüstungsschmiede Krauss- Maffei Wegmann produziert. Amnesty International und Oxfam kritisierten in Berlin, das türkische Militär könne die Kampfpanzer möglicherweise im aktuellen Konflikt im türkisch-irakischen Kurdengebiet einsetzen.

Amnesty und Oxfam bewerteten die genehmigten Exporte von Kleinwaffen, Panzern oder Kriegsschiffen in Staaten mit bedenklicher Menschenrechtslage und in Krisengebiete als besorgniserregend. "Erneut stellt sich die Frage, was die Bundesregierung bewegen hat, diese Rüstungstransfers in Staaten mit einer so problematischen Menschenrechtslage zu genehmigen", sagte der Rüstungsexperte von Amnesty, Mathias John.

(ai, 7.11.07; mesop und FR, 8.11.07)

300 Milliarden Dollar für den Krieg

Der Krieg gegen die PKK hat die Türkei laut Vizepremier Cemil Cicek bereits rund 300 Milliarden Dollar gekostet.

"Wenn unser Land diese Mittel für andere Zwecke aufgewendet hätte, wären wir jetzt auf Platz sieben unter den führenden

Staaten der Welt", sagte Cicek nach Angaben der Zeitung "Milliyet". Nach seinen Worten wird die PKK, die von der UNO und der EU als Terrororganisation eingestuft wurde, vom internationalen Terrorismus unterstützt und bekommt Hilfe aus dem Ausland. Der Vizepremier betonte, dass der mögliche Einsatz der türkischen Armee im Nordirak ausschließlich gegen die PKK gerichtet wäre.

(RIA Novosti, 23.11.07)

Neuerscheinung

Buchbesprechung: „Wenn die Waffen schweigen“

Der kanadische Politologe Roland Paris befasst sich in seinem Buch, das den Untertitel trägt: „Friedenskonsolidierung nach innerstaatlichen Gewaltkonflikten“, mit der Frage, wie innerstaatlicher Friede nach Bürgerkriegen wieder hergestellt werden kann. Dazu untersucht er in Fallstudien die Prozesse der Friedenskonsolidierung in Angola, Ruanda, Kambodscha, Liberia, Bosnien, Kroatien, Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Namibia und Mosambik. Die Ergebnisse seiner Studien zeigen, dass die noch heute Strategien bestimmende liberale Friedenstheorie, nach der Liberalisierung und die Einführung parlamentarischer Demokratie eine Friedenskonsolidierung bewirken sollen, in den untersuchten Fällen keineswegs eine Bestätigung findet. Vielmehr kann eine schnelle Einführung solcher Elemente ohne einen ausreichenden Aufbau effizienter Institutionen zu einer höchst riskanten Strategie für den Wiederaufbau oder überhaupt für den Aufbau kriegszerrütteter Staaten werden. Neue Bürgerkriege und Verteilungskämpfe können die Folge sein. Der Autor schlägt deshalb eine neue Strategie der „Institutionalisierung vor Liberalisierung“ vor, da eine rasche „Demokratisierung“ und die schnelle Einführung der Marktwirtschaft kein Patentrezept für die Beendigung von Bürgerkriegen sei.

Paris, Roland: Wenn die Waffen schweigen, Hamburger Edition 2007, 483 S. ISBN: 978-3-936096-79-8

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/
Demokratisches TürkeiForum, info@tuerkeiforum.net,
www.tuerkeiforum.net
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org;
www.nadir.org/isku/
Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), kdi@gmx.net
Koalition Demokratisches Syrien (KDS), kds-info@gmx.net
Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org,
www.pen-kurd.org/
Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de
Kurdistan Rundbrief, www.kurdistan-rundbrief.de
Mesopotamian Development Society, MESOP@online.de,
www.mesop.de
NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., info@navend.de,
http://www.navend.de/
Österreichisch-Kurdische Gesellschaft für Wissenschafts- und
Kulturaustausch, office@ok-gesellschaft.at,
www.ok-gesellschaft.at/
The Turkish Economic and Social Studies Foundation (TESEV),
www.tesev.org.tr/eng/
Zentrum für TürkeiStudien, www.zft-online.de